

Kommentar

Beschluss lässt europäische Solidarität durchscheinen

Deutschland hat viel für die Flüchtlinge getan. Auf eigene Faust. Und nicht ohne scharfen Gegenwind aus den Reihen der Regierung selbst und den Mitgliedstaaten. Nun gibt es das erste Signal der Entlastung. Doch auch wenn der EU-Beschluss zur Aufteilung der Asylbewerber auf die Mitgliedstaaten einen Fortschritt bedeutet, ein Ende der Herausforderung ist er nicht. Denn das, was wir so verharmlosend Zuwanderung nennen, wird weitergehen, und auch die Bundesrepublik muss ihren Anteil daran übernehmen und tragen.



Detlef Drewes zur Verteilung der Flüchtlinge in Europa

einfordern. Die Regierungen der vier Staaten haben ihren Ländern keinen Gefallen getan.

Aber vielleicht ist es für eine einheitliche Linie noch nicht zu spät? Die Innenminister haben sehr deutlich gemacht: Europa muss Mittel und Wege finden, um weitere Fluchtwellen erst gar nicht entstehen zu lassen. Darüber werden die Staats- und Regierungschefs am heutigen Mittwochabend zu reden haben. Denn tatsächlich sind von der Außenbis hin zur Entwicklungspolitik alle Instrumente nötig, um zu verhindern, dass die vielen Millionen Kriegsflüchtlinge aus Syrien ihre Lager in der Türkei, im Libanon und in Jordanien verlassen – Richtung Europa. Ohne Hilfe der EU, ohne milliardenschwere Unterstützung, sind auch diese Menschen nicht zu halten. Denn in diesen Zeltstädten ist von humanitärer Betreuung oder gar sozialem Wiederaufbau nichts zu spüren. Nur wenn es gelingt, wirkungsvolle Schritte gegen einen weiteren Zuzug zu unternehmen, können sich die Gegner einer Aufteilung der Asylbewerber vielleicht am Ende doch noch daran beteiligen. Für Europa wäre das ebenso wichtig wie für diejenigen, die unseren Schutz dringend brauchen.

E-Mail: detlef.drewes@rhein-zeitung.net

Gegen den Strich von Horst Haitzinger



Land der begrenzten Möglichkeiten

CDU will Sportsommer statt Kultursommer

Interview Fachpolitiker Guido Ernst: Vereine brauchen mehr Hilfe

Rheinland-Pfalz. Die CDU beklagt einen Sanierungsstau bei den Sportstätten und fordert von der Landesregierung mehr Mittel für die Sportförderung. Diese Notwendigkeit habe sich aus einer Großen parlamentarischen Anfrage ergeben. Zugleich plädiert Guido Ernst, sportpolitischer Sprecher der Fraktion, dafür, den Kultursommer einmal ausfallen zu lassen und dafür einen Sportsommer ins Leben zu rufen. Hier das Interview:

Wird in Rheinland-Pfalz zu wenig für die Sportstätten getan?

Eindeutig ja. Die Landesregierung behauptet, dass die entsprechenden Landesmittel seit Jahren auf einem hohen Niveau fließen. Schaut man sich die entsprechenden Zahlen jedoch an, fällt auf, dass die Zahlen stark schwanken. Festzuhalten ist, dass in den Haushaltsjahren 2014 auf 2015 beispielsweise die Zuweisungen zum Bau von Sport- und Freizeitanlagen von 12,4 Millionen auf 10,2 Millionen gesunken sind. Dazu kommt, dass die Auszahlungen der Fördergelder oft lange auf sich warten lassen. Dies alles vor dem Hintergrund, dass die Sportanlagen fast überall im Land in die Jahre gekommen sind und dass man oft die Sanierung hat schleifen lassen, weil auch die Kommunen hoch verschuldet sind. Wir werden das Thema Sportstättenbau und Sanierung auch im Haushalt thematisieren.

Wie groß ist der Sanierungsstau?

Bundesweit beträgt der Investitions- und Sanierungsstau für die Sportanlagen etwa 42 Milliarden Euro. Für Rheinland-Pfalz bedeutet dies, dass der Investitionsstau sich auf eine hohe dreistellige Millionenumschläufe belaufen muss. Das ist ein Problem des Breiten- wie auch des Spitzensports. Nicht umsonst hat die Präsidentin des Landesportbundes, Karin Augustin, vor Kurzem beklagt, dass die Bedingungen in Rheinland-Pfalz nicht gut sind und dass deshalb Spitzenathleten zu anderen Stützpunkten in anderen Bundesländern abwandern. Das sind Sportler, die manchmal über Jahrzehnte in unseren Vereinen im Land betreut wurden.

Sie beklagen, dass der organisierte Sport im Land unter finanzieller Auszehrung leidet. Warum?

Das Land Rheinland-Pfalz und insbesondere der zuständige Sportminister wollen der Öffentlichkeit seit Jahren weismachen, dass der Sport in Rheinland-Pfalz, und ich meine hier die Aufwendungen für den Landessportbund und seine angeschlossenen Organisationen, immer auf hohem Niveau gleichbleibend viele Mittel erhält. Die Zahlen vor-



Guido Ernst (CDU) fordert mehr Mittel für den Sport im Land.

wegen sich immer im Bereich von etwa 10 Millionen Euro pro Jahr. Auch in den Jahren davor waren die Ansätze in etwa gleich. Das Eigenlob des Landes wegen der immer gleichen Förderhöhe geht aber ins Leere. Die Sportbünde erhalten für ihre ständig steigenden Kosten noch nicht einmal den Inflationsausgleich. Auf den Zeitraum von 1988 bis 2014 gerechnet fehlen deshalb mehr als 4,5 Millionen Euro. Das sind nicht unsere Zahlen, sondern die des organisierten Sports.

Haben sich auch die Aufgabenfelder verändert?

Sportbünden und Vereinen wird immer mehr an Aufgaben aufgebürdet: Sie sollen sich um die Inklusion kümmern, den Seniorensport ausweiten, aktuell bei der Integration der vielen Flüchtlinge aktiv werden. Gleichzeitig fehlen ehrenamtliche Hilfskräfte und Trainer. Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Auch für die notwendigen Fortbildungsmaßnahmen im Land. Es ist bezeichnend, dass die Landesregierung sich weigert, ihre so „großartige“ Sportförderung im Vergleich der anderen Bundesländer darzustellen.

Brauchen wir mehr Kooperationen von Vereinen mit Ganztagschulen, um den Vereinssport zu stärken?

Die Antwort lautet eindeutig Ja! Vor allen Dingen müssen der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Land und Sportvereinen verbessert werden. Dazu passt, dass die Landesregierung ausweislich ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage zur Lage des Sports, was die Zahl der Kooperationen angeht, völlig unterschiedliche Zahlen vorlegt. Einmal wird für das Schuljahr 2014/2015 die Zahl 189 genannt, einmal wird für dasselbe Schuljahr von 264 Kooperationen geredet. Wir

wissen, dass dem Landessportbund mitgeteilt wurde, dass es zurzeit 451 Kooperationen geben soll. Was stimmt denn nun?

Wie ist das Betreuungsniveau an Ganztagschulen?

Selbst wenn wir die höchste Zahl von 451 Kooperationsverträgen, die dem Landessportbund mitgeteilt wurde, als real annehmen, ist das bei mehr als 6000 Vereinen in Rheinland-Pfalz mäßig. Wir sprechen von einem Verhältnis von 1 zu 15. Zudem gestaltet sich auch die Arbeit der Vereine in den Schulen schwierig. So ist es zum Beispiel kaum möglich, wenn ein Übungsleiter ausfällt, kurzfristig Ersatz zu bekommen. Die fehlenden Ressourcen hindern die Sportvereine oft daran, zahlreicher mit den Ganztagschulen zu kooperieren. Daneben verlieren die Vereine immer mehr an Zuspruch, wenn die Kinder, gerade auf dem Land, nach der Ganztagschule spät nach Hause kommen und damit keine Zeit mehr für den Sport bleibt. Wir fordern deshalb: einen freien Nachmittag für den Sport oder soziales, kirchliches und musikalisches Engagement.

Welche konkreten Vorschläge hat die CDU, um die Sportförderung in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

Die Bewertung des Sports in Rheinland-Pfalz und die oftmals ehrenamtliche Arbeit in den mehr als 6000 Vereinen müssen wieder stärker gewürdigt werden. Warum nicht einmal statt eines Kultursommers einen Sportsommer? Hier könnten in Kooperation mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, der Landesregierung und dem Landessportbund die Vereine mit entsprechenden Veranstaltungen auf ihre Angebote hinweisen, neue Mitglieder werben und über die Rolle des Sports in unserer Gesellschaft diskutieren.

Was wollen Sie in die kommenden Haushaltsdebatten einbringen?

Der Landessportbund muss einen Inflationsausgleich erhalten. Die 4,5 Millionen Euro, die auf die vergangenen Jahre gerechnet fehlen, müssen ebenso im Haushalt berücksichtigt werden wie Überlegungen zur Finanzierung der maroden Sportstätten im Land. Außerdem drängen wir zur besseren Strukturierung und Organisation des Sports im Land auf einen Sportstättenleitplan, wie ihn andere Bundesländer haben. Dies wird vom Sportministerium mit dem Verweis auf die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten abgelehnt.

Das Gespräch führte **Dietmar Brück**

Leseranwalt

Jochen Kampmann ist Ihr Mann in unserer Redaktion



RZ-Leseranwalt, 56055 Koblenz
leseranwalt@rhein-zeitung.net

Grenzkontrollen zehren an Nerven der Urlauber

Wegen der aktuellen Flüchtlingskrise kontrolliert Deutschland wieder die Grenzen zu Österreich. Und auch Österreich überwacht seit voriger Woche wieder flächendeckend seine Grenzen zu Ungarn, Slowenien, Italien und der Slowakei. Der Zugverkehr zwischen München und Salzburg ist eingestellt. „Auf was muss ich mich einstellen, wenn ich jetzt in den Urlaub fahre?“, will ein Leser wissen. Zu allererst ist es natürlich bei Fahrten ins Ausland wichtig, gültige Ausweispapiere bei sich zu haben. Durch die Grenzkontrollen ist mit wechselnden Wartezeiten an den Übergängen zu rechnen. Art und Umfang der Kontrollen werden kurzfristig an die jeweilige Situation angepasst, erklärt dazu der ADAC. Diese Situation kann sich immer wieder rasch ändern. Eine verlässliche Aussage über Wartezeiten, Sperrzeiten oder eingeschränkte Zugänglichkeit ist dadurch nicht möglich. Details zur Verkehrslage finden sich in der Verkehrsinfo des Automobilklubs. Oder eben in den Radiomeldungen. Längere Schlangen bilden sich immer wieder vor allem an den Übergängen Suben (A3 Linz-Passau), Walserberg (A8 Salzburg-München) und Kiefersfelden (A93 Kufstein-Rosenheim). Besonders riskant sind die Wochenenden wegen des starken Verkehrsaufkommens.

Das bringt der Tag

Vaterpflicht bei Samenspende? BGH entscheidet: Ein Mann war durch künstliche Befruchtung seiner Frau Vater geworden. Nach der Trennung will er keinen Unterhalt zahlen.

EU-Sondergipfel zu Flüchtlingen Die Staats- und Regierungschefs suchen nach Lösungen im Flüchtlingsdrama.

Tweet des Tages

Autokanzler, Autoskandal, Autoverein – alles an einem Nachrichtentag. #Schroeder-Biografie #VW #FCBWOB
twitter.com/hesselmann

Facebook

Skandal bei VW: Elf Millionen Pkw betroffen

Matthias Müller: Unglaublich. Volkswagen hat damit einen Imageschaden für ganz Deutschland verursacht.

Sie finden uns unter facebook.com/rheinzeitung

Video des Tages



Koblenzer Fort aus der Luft

Aufnahmen aus unserer Kamera-Drohne können die Fantasie beflügeln – weil sie völlig neue Perspektiven zeigen. Das gilt besonders für das Fort Asterstein. Wir zeigen, wie wichtig die „Nebenanlage“ einst für den Schutz der Festung Ehrenbreitstein war.

Das Video finden Sie unter ku-rz.de/fortaster

Leserbriefe

Landtag Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) will mit dem Landesnaturschutzgesetz den Erhalt der Wiesen und Weiden verbessern und die biologische Artenvielfalt bewahren.

„Heuchelei“

Wieder Neuigkeiten aus dem Umweltministerium Rheinland-Pfalz. Frau Höfken plant ein neues Landesnaturschutzgesetz, um vor den Wahlen noch punkten zu können. Wiesen dürfen nur noch mit Genehmigung in Ackerland umgewandelt werden, seltene Vogelarten nicht mehr fotografiert oder gefilmt werden. Keinerlei Probleme aber hat Frau Höfken mit dem Ausbau der Windkraft in jeder Gemeinde auf wertvollem Wiesen- und Ackerland und dem Tod seltener Vogelarten durch die Rotorblätter, wie jüngst aus einem Schreiben des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums hervorging. Da verbietet man lieber das Fotografieren. Hauptsache, man kann sich irgendwie ein Alibi als Naturschützer verschaffen, wenn man schon zerstört hat. Der Nationalpark Hunsrück ist ein weiteres Beispiel: Ein bestehender Wald wird zum Nationalpark erklärt, nachdem man das gesamte Landschaftsschutzgebiet Soonwald zerstört hatte. Man kann nur noch den Kopf schütteln bei dieser Politik der grünen Heuchelei.
Sabine Hehner, Kemmenau

Standards Der Tourismus im Land brummt – wegen guter Qualität. Die Qualitätssicherung an Schulen hingegen soll gelockert werden.

„Wichtig“

„Tourismusbranche in Rheinland-Pfalz auf Rekordkurs“ und „Abschaffung der Agentur für Qualitätssicherung an Schulen“: Was verbindet diese beiden Nachrichten? Im Tourismus hat das Land vor Jahren einen konsequenten Weg Richtung Qualität eingeschlagen. Es wurde eine Tourismusstrategie entwickelt, Standards auf den Weg gebracht, Betriebe und Wanderwege zertifiziert und ein zielgruppengerechtes Freizeit- und Kulturprogramm gefördert. Das Ergebnis ist beeindruckend. Wieder sind 1,5 Millionen zusätzliche Gäste nach Rheinland-Pfalz gekommen.

Ein völlig anderes Bild zeigt die Qualitätssicherung an Schulen. Nach fünf Jahren wird die zuständige Agentur ersatzlos und offensichtlich ohne großes Bedauern aufgelöst. Warum kann das, was im Tourismus funktioniert, nicht auf Schulen übertragen werden? Dies wären dann eine klare Strategie, Standards, bedarfsgerechte Lernangebote und zertifizierte Schulen, die ihre Qualitätsentwicklung konsequent weiterverfolgen. Dabei darf Qualitätssicherung nicht zur Bürokratie und Kontrolle missbraucht, sondern – so zeigt es der Tourismus – zum Wohle derer, für die die Branche steht, genutzt werden. Im Fall der Schulen sind dies die Kinder und deren Zukunft.
Franz-Josef König, Dieblich

Einwurf Dietmar Telsler kommentierte das unglückliche Aufeinandertreffen von CDU-Landeschefin Julia Klöckner und einem Imam in Idar-Oberstein.

„Freiheiten“

Julia Klöckner scheint auf einer Linie mit dem FDP-Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz. Volker Wissing schrieb am 5. August 2015 wörtlich: „Religionsfreiheit heißt, dass jeder seine Religion frei ausüben kann. Religionsfreiheit heißt aber nicht, dass die Gesellschaft sich einer Religion unterordnen muss.“
Paul Peter Baum, Neuwied

Gesundheit Experten rechnen für Herbst und Winter mit vielen Influenzafällen in den Flüchtlingsunterkünften.

„Unbegründet“

Die Überschrift „Ärzte: Flüchtlinge sollen sich impfen lassen“ auf der Titelseite ist dazu geeignet, Befürchtungen hervorzurufen, die, wie der nachfolgende Text zeigt, unbegründet sind.
Karl-Otto Vogt, Weißenthurm

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net